

Die Republik Südafrika nach den Wahlen

Südafrika hat am 14. April 2004 ein neues Parlament gewählt – und Überraschungen sind weitgehend ausgeblieben. Der African National Congress (ANC) hat wie erwartet mit knapp 70 Prozent die Zweidrittelmehrheit erreicht (279 von 400 Mandaten). Von den 20 weiteren Parteien, die zur Wahl angetreten sind, konnten etwas mehr als die Hälfte (11) Parlamentssitze erringen. Stärkste Oppositionspartei wurde die Democratic Alliance (DA) mit 50 Abgeordneten, gefolgt von der Inkatha Freedom Party (IFP) mit 28. Andere Parteien konnten jeweils nur weniger als zehn Mandate erzielen.

Die Ergebnisse...

Dem ANC ist es gelungen, bei der dritten demokratischen Wahl zum dritten Mal seinen Anteil zu steigern – von 63 Prozent 1994 und 66,35 Prozent 1999 auf nunmehr 69,7 Prozent. In den Reihen des ANC ziehen damit auch ca. 60 Mitglieder der Kommunistischen Partei (SACP) und eine noch größere Anzahl von COSATU-Mitgliedern ins nationale Parlament ein. Insgesamt scheinen in Südafrika politische Stabilität und insbesondere Kontinuität für die kommenden fünf Jahre gesichert.

Verantwortlich für den Wahlausgang waren vor allem zwei Faktoren – die ANC-Wahlkampagne und das Fehlen von politischen Alternativen, die für größere Wählergruppen akzeptabel sein könnten.

Trotz erheblicher Kritik aus allen oppositionellen politischen Lagern und auch aus den eigenen Reihen an der Bilanz der Dreierallianz aus ANC, SACP und COSATU ist es den ANC-Wahlstrategen gelungen, die auch unter seinen traditionellen Wählern (Schwarze und Anti-Apartheid-Aktivisten) aufkeimende Unzufriedenheit zu paralisieren bzw. zu kanalisieren. Dies geschah einerseits dadurch, daß unter dem Wahlslogan ›We can do better‹ (Wir können es besser) versprochen wurde, in den kommenden Jahren energisch an der Verwirklichung bisher nicht eingelöster Zusagen zu arbeiten. Andererseits wurde die zum Teil dürftige Bilanz damit entschuldigt, daß störende oppositionelle Kräfte ein besseres Ergebnis verhindert hätten. Damit verbunden wurde unterschwellig oft auf die drohende Gefahr politischer Instabilität und einer Rückkehr zu ›alten Zeiten‹ verwiesen (wobei wahrscheinlich den meisten durchaus klar war, daß damit wohl kaum ein Rückfall in ein Apartheid-Regime gemeint sein konnte – an eine solche akute Bedrohung glaubt heute hier niemand mehr). Von Bedeutung für das ANC-Wahlergebnis war ferner eine geschickte PR-Kampagne des Präsidenten, der faktisch die alleinige Identifikationsfigur war – andere ANC-Kandidaten spielten keinerlei Rolle. Präsident Mbeki reiste in alle Regionen des Landes, zog von Tür zu Tür und unterhielt sich mit einfachen Leuten, wobei immer wieder Besserung versprochen wurde (Einzelfälle von Beschwerden wurden hin und wieder auch sofort erledigt). Unterstützend wirkte schließlich die stabile und gute wirtschaftliche Lage Südafrikas, die von den großen Unternehmen auch unablässig gebührend herausgestellt wurde, was wahrscheinlich dazu geführt hat, daß auch weiße Geschäftsleute bzw. kleinere Unternehmer nunmehr auf den ANC setzen.

Für die parlamentarische Opposition – angeführt von der DA – haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. Hatte die DA vor den Wahlen noch auf eine Verdopplung der Wählerzustimmung gehofft, nimmt sich daran gemessen das Resultat eher bescheiden aus – es wurde ein leichter Zuwachs von knapp 10 Prozent (1999) auf nunmehr etwas über 12 Prozent erreicht. Die DA konnte mit ihrem (für südafrikanische Verhältnisse) wirtschaftsliberalen Programmen, mit der Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe und vor allem mit ihrer provokativen Wahlkampagne (die u. a. auf die Diffamierung anderer Oppositionsparteien als ›irrelevant‹ setzte) sowie dem der Partei noch immer anhaftenden latenten Rassismus kaum überzeugen. Profitiert hat die DA zweifellos von ehemaligen Wählern der New National Party (NNP), die zum Beispiel im Western Cape mehrheitlich zur DA überliefen.

Damit ist die einstige Apartheid-Träger-Partei (National Party) in ihrer gewendeten Form als NNP faktisch in der Versenkung der Geschichte verschwunden – sie ist landesweit sogar hinter die erst 2003 neugegründete Partei der Independent Democrats (ID) – die insbesondere unter den Coloureds Stimmen gewinnen konnte – zurückgefallen.

Für ein weiteres Zurückgehen des ethnisch-rassischen Faktors in seiner Bedeutung für die Wählerentscheidung spricht auch das Ergebnis der IFP, die nicht nur landesweit einen Rückschlag hinnehmen mußte, sondern auch in ihrer Kernregion KwaZulu-Natal (dort in Wahlallianz mit der DA) deutlich hinter den ANC zurückgefallen ist. Die ursprünglich erhobene Drohung, wegen tatsächlicher und

vermeidlicher Unregelmäßigkeiten die Wahlen insgesamt anzufechten, wurde gerade noch rechtzeitig vor der Vereidigung des neuen alten Präsidenten Thabo Mbeki, am 27 April, zurückgezogen. Im Nachhinein stellt sich dieses Ansinnen so als wohl eher taktisch motiviertes Manöver dar, das vor allem zum Ziel hatte, bei der Regierungsbildung in KwaZulu-Natal möglichst viele Ministerposten durchzusetzen sowie ein Ressort (für IFP-Führer Buthelezi) im neuen Kabinett von Mbeki zu erlangen.

Für alle anderen Klein- bzw. Regionalparteien verliefen die Wahlen (mit relativer Ausnahme für die ID) enttäuschend.

...und ihre Konsequenzen

Die erwartete und wohl wichtigste Konsequenz des Wahlausgangs ist die gestärkte Fortführung der Dreierallianz, was allerdings nicht über den gewaltigen Zündstoff hinwegtäuschen kann, der in dieser spezifischen Regierungskonstellation steckt. Für SACP und COSATU stehen zweifellos harte Zeiten bevor. Stand ihre (linke) Position bisher schon unter Dauerdruck so wird sich dieser (vor allem von konservativen Kräften im ANC bewußt angeheizte) mißliche Zustand eher noch verstärken. Das von zahlreichen Kennern der Situation schon seit längerem antizipierte Auseinanderbrechen der Allianz bis zu den nächsten Wahlen 2009 ist daher eher wahrscheinlicher geworden.

Noch sicherer als ein mögliches Auseinanderbrechen der Allianz ist allerdings der Zerfall der parlamentarischen Opposition in ihren bisherigen Formationen. Auch wenn die Auflösung der IFP vielleicht noch ein weiteres Jahrzehnt dauert, ist eine deutlich Reduzierung der Zahl oppositioneller Parteien zu erwarten. Dabei ist die Formierung einer (wirtschafts)liberalen Partei aus DA und den Resten der NNP am wahrscheinlichsten. Dies setzt allerdings auch erhebliche Veränderungen innerhalb der DA voraus, die in ihrer bisherigen Verfaßtheit bereits an ihren Zustimmungsgrenzen angelangt sein dürfte – möglich, aber wenig wahrscheinlich, scheint in der gegenwärtigen Form lediglich ein Aufwuchs auf 15 Prozent.



Inwieweit sich um die ID (und ihre charismatische Führerin Patrica de Lille) eine links-bürgerliche (im eigentlichen Sinne liberal-demokratische) Formation herausbilden wird, bleibt abzuwarten. Dies hängt vor allem vom politischen Kurs der wie auch immer gearteten Fusion von DA und NNP ab. Generell – aufgrund der in Südafrika allgemein-gesellschaftlichen, nicht zuletzt aus der Anti-Apartheid-Tradition herrührenden ›Linkslastigkeit‹ – müssen einer solchen politische Strömung aber gute Erfolgsaussichten eingeräumt werden.

Bleibt die bisher außerparlamentarische Linke – die sich nicht so sehr durch das Wahlergebnis selbst, sondern eher durch das Nicht-Wähler- und Wähler-Verweigerungs-Ergebnis bestärkt sieht. Letzteres hat

zwei Dimensionen. Einmal gibt zu denken, daß nur etwas über 76 Prozent der Registrierten gewählt haben. Dies ist durchaus ungewöhnlich, weil es einer ersten (zum Teil erheblichen) Anstrengung bedarf, sich überhaupt für die Wahlteilnahme registrieren zu lassen. Wer dann – nach dem er diese Registrierungsprozedur auf sich genommen hat – trotzdem nicht wählen geht, muß einen (guten) Grund haben. Und dieser Grund könnte, so darf mit einiger Sicherheit vermutet werden, der Umstand sein, daß die potentielle Wählerin nicht die Partei zur Auswahl hatte, die sie gern gewählt hätte; da alle politischen Spektren vertreten waren, außer einer linken Opposition zum ANC, liegt nahe zu vermuten, daß die Nicht-Wähler vor allem in diese Richtung tendierten. Ferner gab es eine ungewöhnlich hohe Zahl von ungültigen Stimmen – über eine Viertelmillion (während es 1999 nur ca. 80.000 waren). Eine Erklärung könnte darin bestehen, daß viele Wahlteilnehmer nicht im eigentlichen Sinne gewählt haben, sondern den Stimmzettel als Eingabe (Beschwerdebrief) an den ANC genutzt haben. Dafür spricht, daß einige linke Organisationen ihre Mitglieder zu solcherart Verhalten aufforderten – zum Beispiel das Anti-Privatisation Forum. All diese Sachverhalte zusammengenommen, dürfte dies die außerparlamentarische Linke in der – schon seit längerem gehegten – Absicht bestärken, demnächst eine wählbare Alternative links von der Dreierallianz zu schaffen, wodurch insbesondere die SACP in ein zusätzliches Dilemma gestürzt würde.

Die neue politische Landkarte in Südafrika – Regionen und Ressorts

Die neue provinzielle Landkarte Südafrikas leuchtet durchgängig schwarz-grün-gold – in den Farben des ANC. Auch die einstigen ›Problem-Provinzen, Western Cape und KwaZulu-Natal, werden erstmals von einem ANC-Premier (beides Männer!) regiert. Der Präsident hat kurz nach Bekanntwerden des amtlichen Wahlergebnisses acht neue Premiers in insgesamt neun Provinzen – davon vier Frauen – ernannt (nach der Verfassung bedarf eine solche ›Ernennung‹ allerdings der – sicheren – Zustimmung der Provinzparlamente). Nur der Premier von Gauteng, Mbhazima Shilowa, hat seinen Posten behalten (dürfen).

In KwaZulu-Natal wird es eine ANC-geführte Koalition mit der IFP geben; hier ist nur die Anzahl der IFP-Minister noch heiß umstritten. Im Western Cape hatte der ANC zwar auch schon 1999 die Mehrheit der Stimmen, regierte aber (aus taktischen Erwägungen) unter einem NNP-Premier mit. Nach dem verheerenden Einbruch der NNP wird diese nach Lage der Dinge zwar wieder als Koalitionspartner gebraucht, aber nur noch in der Juniorposition.

Dafür hat der bisherige NNP-Premier in Cape Town, Marthinus van Schalkwyk – nicht unerwartet – das Ressort für Umwelt und Tourismus übernommen, während der Führer der Azanian People's Organisation (AZAPO), Mosibudi Mangena, überraschen das neue (28.) Ministerium für Wissenschaft und Technologie erhalten hat. Die SACP hat nach wie vor vier Ministerien – das für Geheimdienste (Kasrils – vorher Wasser und Forstwirtschaft), das für innere Sicherheit (Charles Nqakula), das für Transport (Radebe – vorher Staatsbetriebe) und das für Kunst und Kultur (Jordan – neu im Kabinett). Bei der Zuordnung der Ministerien zur SACP bzw. zum ANC ist jedoch zu bedenken, daß führende Regierungsmitglieder (Mbeki, Zuma, Pahad) einst Mitglieder des SACP-ZK waren und nie offiziell aus der SACP ausgetreten sind. Bemerkenswerten Personalentscheidungen gab es lediglich in bezug auf das Gesundheitsministerium, wo die wegen ihrer AIDS-Politik heftig umstrittene Ministerin weiterhin im Amt bleibt. Außerdem ist das politische Stehaufmännchen Buthelezi (und damit die IFP) nicht mehr im Kabinett präsent.

Das neue Kabinett steht insgesamt in bemerkenswerter Kontinuität zum vorhergehenden. Die Zahl der Ministerien hat sich um eines erhöht (durch die Trennung von Kunst und Kultur von Wissenschaft und Technologie); 12 – statt vorher 9 – Ressortinhaberinnen sind Frauen; 14 Minister (sowie Präsident und Vizepräsident) sind in ihren Ämtern verblieben; 4 haben das Ressort gewechselt und 10 sind neu – alles in allem genauso wenig überraschend wie der Ausgang der Wahlen selbst.

Dr. Arndt Hopfmann
Leiter des Regionalbüros südliches Afrika
der Rosa Luxemburg Stiftung in Johannesburg